



INDUSTRIELLER ARBEITGEBERVERBAND

Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim e.V.

Newsletter

2/2018

Protektionismus: Märkte und Fallschirme betrachtet mit Sorge Sabine Stöhr, IAV-Geschäftsführerin

Machen wir uns nichts vor: Unsere Wirtschaft ist außenhandelsorientiert und das ist Chance und Risiko zugleich. In Deutschland hängt jeder vierte Arbeitsplatz am Export, in der Industrie ist es sogar mehr als jeder zweite. Rund 9 % der deutschen Warenausfuhr ging im letzten Jahr in die USA, etwa 7 % nach China. Deshalb wird der Handelskonflikt zwischen den USA und China nicht unbemerkt an Deutschland vorüberziehen. In der Politik und in der Wirtschaft wachsen die Befürchtungen, dass eine weltweite Protektionismusspirale droht, die die Weltkonjunktur empfindlich abschwächen würde.



Offiziell zielt die protektionistische Politik der USA darauf ab, unfaire Handelspraktiken zu bestrafen und heimische Arbeitsplätze vor Dumpingpraktiken zu schützen. Zwar richten sich die US-amerikanischen Maßnahmen vor allem gegen China, aber auch Deutschland als wichtiger Verbündeter und Handelspartner Amerikas in Europa droht zu verlieren, wenn es

durch internationale Spannungen zu einer Minderung der globalen Arbeitsteilung käme. Unter den großen Ökonomien der Welt hat die Bundesrepublik den größten Industrieanteil. Ein guter Teil des Arbeitsplatzzuwachses der vergangenen Jahre ist der Industrie zu verdanken. Während in den Vereinigten Staaten nur 8,5 % der Jobs auf Stellen im verarbeitenden Gewerbe entfallen, ist der Anteil der Industrie bei uns mit insgesamt 18,5 % mehr als doppelt so hoch. Die hohen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse sind Ergebnis unserer Wirtschaftsstruktur. Wir haben uns auf Investitionsgüter spezialisiert und das bedeutet, dass die hiesige Wirtschaft viel empfindlicher auf Störungen des globalen Investitionsklimas reagiert als andere Volkswirtschaften. Die Stärke Deutschlands könnte zum Risiko werden, wenn sich die internationalen Spannungen verschärfen.

Es steht also viel mehr auf dem Spiel als nur Zölle auf Aluminium oder Stahl, wenn US-Präsident Donald Trump für die Interessen Amerikas kämpft. Wie können wir die US-Regierung von den Vorzügen freier Märkte überzeugen? Würden sich Europa und die USA in einen Handelskrieg stürzen, würden Unternehmen und Verbraucher auf beiden Seiten höhere Preise zahlen müssen – dies kann weder in unserem noch im nationalen Interesse der USA liegen. Mit Zöllen schadet Trump der eigenen Wirtschaft. Wer Wertschöpfungsketten zerschlägt, bremst Innovation und verteuert Produktion. Noch problematischer als die Zollfrage ist die Unsicherheit, wie man mit den USA als Partner des westlichen Bündnisses umgehen soll, der argumentiert, er sei ausgenutzt worden. In Berlin spricht man von einer ernsten Krise des Multilateralismus. Für Europa besteht die Herausforderung jetzt darin, in der grundsätzlichen Frage, wer im internationalen Handel künftig die Regeln vorgibt, gemeinsam zu agieren. Gefragt ist kluge Diplomatie statt Eskalation. Neue Zölle sind eine ökonomische Sackgasse, denn kein Land kann auf innovative Produkte aus anderen Ländern verzichten. So funktionieren Wertschöpfung und Arbeitsteilung in Marktwirtschaften, sonst stürzen sie ab. Helmut Schmidt hatte recht, als er sagte „Märkte sind wie Fallschirme. Sie funktionieren nur, wenn sie sich öffnen.“!

Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2017

Die tariflichen Ausbildungsvergütungen sind im Bundesdurchschnitt im 20. Jahr in Folge gestiegen, 2017 um 2,6 % – dies ergibt eine aktuelle Auswertung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). Laut BIBB erhielten die Auszubildenden in Westdeutschland im vergangenen Jahr durchschnittlich 881 € und in Ostdeutschland 827 € im Monat. Überdurchschnittlich hohe Ausbildungsvergütungen wurden im öffentlichen Dienst sowie in Industrie und Handel, niedrige Ausbildungsvergütungen wurden in der Landwirtschaft und im Handwerk erreicht. Auch zwischen den einzelnen Ausbildungsberufen bestanden 2017 erhebliche Unterschiede in der Vergütungshöhe. Nähere Informationen: www.bibb.de.

Aus dem Inhalt

- Seite 1
Ausbildungsvergütungen
- Seite 2
Brückenteilzeit
- Seite 3
Jahreshauptversammlung
- Seite 4
Verbandsveranstaltungen
Arbeitsmarktdaten



47,8 % aller abhängig erwerbstätigen Frauen und 10,8 % der abhängig erwerbstätigen Männer arbeiten in Teilzeit. Mit ihrem Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts – Einführung einer Brückenteilzeit sorgt die neue Bundesregierung derzeit für Widerstand der Arbeitgeber. Es sei ein wichtiges arbeits-, gleichstellungs- und familienpolitisches Anliegen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwar freiwillig in Teilzeit arbeiten können, aber nicht unfreiwillig in Teilzeitarbeit verbleiben müssen, heißt es im Referentenentwurf. Im Einzelnen sind insbesondere folgende Änderungen vorgesehen: Der bestehende Anspruch auf Verlängerung der Arbeitszeit wird zugunsten der Arbeitnehmer gestärkt. Künftig sollen Arbeitgeber auch die Darlegungs- und Beweislast für das Fehlen eines entsprechenden freien Arbeitsplatzes sowie für die unzureichende Eignung des Teilzeitbeschäftigten bei Wunsch nach verlängerter Arbeitszeit tragen. Ferner wird ein Anspruch auf zeitlich begrenzte Verringerung der Arbeitszeit zwischen einem Jahr und fünf Jahren mit Rückkehrrecht auf die davor geltende Arbeitszeit, sog. Brückenteilzeit, eingeführt, sofern Arbeitgeber mehr als 45 Arbeitnehmer beschäftigen. Beschäftigen sie mehr als 45, aber weniger als 200 Beschäftigte, gilt eine „Überforderungsklausel“ dahingehend, dass pro angefangene 15 Mitarbeiter einem Mitarbeiter der Anspruch gewährt werden muss. Schließlich soll auch noch ein Erörterungsanspruch über die Dauer und Lage der Arbeitszeit eingeführt werden. Des Weiteren bedeutet der Entwurf auch eine Einschränkung der Arbeit auf Abruf.



Die nunmehr geplanten Änderungen stellen massive Eingriffe in die betriebliche Gestaltung der Arbeitsabläufe und in die Rechte der Arbeitgeber zur Gestaltung der Arbeitszeit, also in die unternehmerische Freiheit, dar. Schon heute ermöglicht das Teilzeit- und Befristungsgesetz unter bestimmten Voraussetzungen sowohl das Recht auf Reduzierung als auch auf Verlängerung der Arbeitszeit. Bei der Reduzierung im Rahmen der Eltern- oder Familienpflegezeit ist bereits eine Rückkehr auf die Stundenzahl vorgesehen, die vor deren Beginn bestand. Wird der vorliegende Entwurf Realität, würden bewährte Strukturen des Arbeitsrechts, Planbarkeit und Flexibilität gefährdet. Beispiel Brückenteilzeit: Im Rahmen der vorübergehenden Verringerung der Arbeitszeit wären Arbeitgeber darauf angewiesen, verstärkt befristete Arbeitsverträge in Teilzeit abzuschließen. Hierauf werden sich insbesondere gefragte Fachkräfte wohl kaum einlassen. Mit diesem Gesetzesentwurf ist die Bundesregierung daher weit über das Ziel hinausgeschossen. Hier bedarf es einer umfassenden Überarbeitung.

Kurz zitiert: „Was kann ich für dieses Land tun?
Denn das ist die Aufgabe von Politik: zu dienen
und nicht rumzumosern.“

Angela Merkel

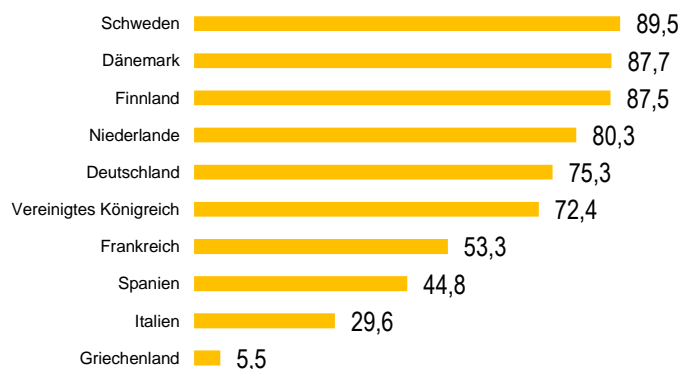
Europa: Wie steht es um das Vertrauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft?

Diese Frage beantworteten die Menschen in 20 europäischen Ländern höchst unterschiedlich, so lautet das Ergebnis des Vertrauensindex 2017 vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Deutschland schneidet dabei vergleichsweise gut ab.

Alle drei Einzelindizes (Vertrauen in Wirtschaft, Politik, Gesellschaft) zusammengefasst, erreicht Schweden fast 90 von 100 möglichen Punkten, während Italien auf weniger als 30 und Schlusslicht Griechenland sogar auf nur knapp 6 Punkte kommt. Deutschland liegt mit 75 Punkten auf Platz 5 der 20 Länder.

Betrachtet man die drei Einzelindizes für sich genommen, so belegt Deutschland beim Vertrauen in das Wirtschaftssystem Platz 1, beim Vertrauen in das politische System Platz 6 und beim Vertrauen in das Gesellschaftssystem Platz 8.

IW-Vertrauensindex 2017: Riesiges Gefälle in Europa
Mittelwert aus drei Einzelindizes; bestmöglicher Wert = 100



Quelle: IW Medien/iwd

18,5

Kalendertage betrug die Arbeitsunfähigkeit im Jahr 2016 in Niedersachsen. Die deutsche Durchschnittszahl war 17,4 Kalendertage, also durchschnittlich 2,5 Wochen. Der langjährige Trend zu steigenden Fehlzeiten geht damit weiter. Ein Grund dafür ist die alternde Gesellschaft, denn mit dem Alter steigt auch die Zahl der Krankheitstage. Muskel- und Skeletterkrankungen bilden nach wie vor die häufigste Ursache. Zwei Drittel der Krankmeldungen sind nach spätestens einer Woche erledigt – nicht eingerechnet Kurzeiterkrankungen, für die Mitarbeiter kein ärztliches Attest nachweisen müssen. Mehr als die Hälfte aller Ausfallzeiten geht aber auf das Konto von schwerwiegenden Krankheitsfällen, die mindestens vier Wochen dauern. Gezählt wurden Arbeitsunfähigkeiten mit ärztlichem Attest der pflicht- und freiwillig versicherten Mitglieder der Betriebskrankenkassen einschließlich Empfänger von Arbeitslosengeld I und II ohne Rentner.

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen

Rückblick: Jahreshauptversammlung der Arbeitgeberverbände am 02.05.2018



Die Verbändegemeinschaft im Haus der Industrie hat im Jubiläumsjahr zu einer ganz besonderen Jahreshauptversammlung eingeladen: Als Ehrengast und Festredner konnten die Vorsitzenden Joachim Gauck begrüßen. Über 270 Unternehmensvertreter sowie Gäste aus Politik, Verwaltung und dem Bildungsbereich waren gekommen, um den früheren Bundespräsidenten im Jubiläumsjahr 100 Jahre IAV / 90 Jahre Bezirksgruppe sprechen zu hören.

In seiner Begrüßung ging Michael Grunwald als Vorstandsvorsitzender der NiedersachsenMetall-Bezirksgruppe auf die verbandlichen Gründungsjahre ein. Nach dem ersten Weltkrieg erkannten die Arbeitgeber 1918 erstmals die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft und als gleichberechtigte Tarifpartner an. Im Gegenzug stimmten die Gewerkschaften der freien Unternehmerwirtschaft zu – eine wichtige Weichenstellung für unser Wirtschaftssystem. In der Folge gründeten sich Arbeitgeberverbände. So entstand in Osnabrück Ende 1918 der Verband industrieller Arbeitgeber von Osnabrück und Umgegend e. V. Ende Oktober 1928 kam es wegen der Bedeutung der Metalltarifverhandlungen zur Gründung des Arbeitgeberverbands der Metallindustrie für den Bezirk Osnabrück e. V., seither gibt es die Verbändegemeinschaft im Haus der Industrie.

Auch Joachim Gauck würdigte die Sozialpartnerschaft als wichtigen Bestandteil deutscher Kultur: „Unternehmen tun etwas für unser Land, indem sie zur Kultur des Miteinanders beitragen, das ist großer Teil der politischen und kulturellen Identität“ so Gauck. In seinem Vortrag „Die Deutschen in Europa – was wir fürchten, was wir wollen, was wir können“ nahm der frühere Bundespräsident die Zuhörer mit in seine Gedankenwelt. Was Deutsche besonders gut können, sei, sich zu fürchten. „German Angst“ fände sich überall. Er zeigte Verständnis dafür, dass alles, was neu sei, Sorgen erzeugen könne. Aber man müsse sich nicht von seinen Ängsten leiten lassen. Viele Menschen hätten Angst vor einem schwachen, nicht handlungsfähigen Staat. Über dieses Thema müsse man nicht nur am politisch rechten Rand sprechen, sondern gerade auch in der Mitte der Bevölkerung. Bei der Frage „Was wollen wir?“ ging Gauck auf die unzureichende Veränderungsbereitschaft ein, die er beobachtet. In Unternehmen, der Gesellschaft oder der Politik an dem festzuhalten, was Erfolg gebracht habe, sei nachvollziehbar. Es berge aber die Gefahr, wichtige Entwicklungen zu verschlafen. „Mehr Risikobereitschaft wäre gut“, forderte Gauck, der Innovationen nicht als Bedrohung, sondern als Erweiterung der Handlungsspielräume sieht. Auch die Politik brauche die Bereitschaft, Unerprobtes zu testen.

Was Europa angehe, werde derzeit die Angst der Bevölkerung vor Entheimung geschürt, das Gut des Nationalstaats heraufbeschworen und so getan, als seien wir Sklaven Europas. Gauck, dessen engagiertes Eintreten für Demokratie und Verantwortungsübernahme viele beeindruckt und begeistert, sprach sich dafür aus, dass Deutschland im internationalen Rahmen mehr Verantwortung übernehmen sollte. Damit könne man Demokratisierung, Verrechtlichung und Freiheit voranbringen.

„Der schönste Teil der Freiheit ist nicht die Freiheit von etwas, sondern zu und für etwas – die Freiheit der Verantwortung“, schloss Gauck seinen beeindruckenden Vortrag, für den ihm der IAV-Vorstandsvorsitzende Olaf Piepenbrock im Namen aller herzlich dankte.



Vorankündigung von Verbandsveranstaltungen

07.06.2018: Herrenhäuser Reha-Gespräch

Das diesjährige Herrenhäuser Reha-Gespräch, das vom IAV und der Fontane-Klinik organisiert wird, beschäftigt sich mit dem aktuellen Thema „Doping am Arbeitsplatz – wie sich die Angehörigen der jungen Generationen körperlich und psychisch fit halten“.

Nähere Informationen erteilt Renate Böschmeyer (☎ 0541-77068-12 oder ✉ boeschmeyer@iav-online.de).

04.06.2018: Personalleitertreffen

Für Geschäftsführer, Personalleiter und Personalverantwortliche unserer Mitgliedsunternehmen gibt es vormittags in Osnabrück und nachmittags in Nordhorn von den Juristinnen und Juristen des Hauses ein Update zu aktuellen arbeitsrechtlichen Themen und Fragestellungen.

Nähere Informationen erteilt Birgit Unland (☎ 0541-77068-28 oder ✉ unland@iav-online.de).

06.09.2018: Verbändejubiläum

In diesem Jahr feiern der IAV sein 100-jähriges Bestehen und die Bezirksgruppe Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim von NiedersachsenMetall ihr 90-jähriges Jubiläum.

15.11.2018 Herbstforum

Das 2018-er Herbstforum dreht sich rund um das Thema „Industrie 4.0“.

Nähere Informationen erteilt Catrin Knake (☎ 0541-77068-22 oder ✉ knake@iav-online.de).

Weiterbildung für Fach- und Führungskräfte

Bis zu den Sommerferien bietet die Außenstelle des Bildungswerks der Niedersächsischen Wirtschaft im IAV weitere interessante Seminare zu den Themen „Führung“, „Arbeitsrecht“, „Personalmanagement“ und „Ausbildung“ an, z.B.:

23.05.2018	Personalcontrolling
30.05.2018	Ressourcenorientiert ausbilden – Stärken der Generation Y und Z gezielt nutzen
11.06.2018	Gesprächsführung im Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM)
12.06.2018	Abmahnung und Kündigung wegen Schlechtleistung und Fehlverhalten
25./26.06.2018	Vom Kollegen zum Vorgesetzten (m/w) – Grundlagentraining

Nähere Auskünfte zu diesen und den weiteren Seminaren bzw. das gesamte Seminarprogramm können bei Renate Böschmeyer unter ☎ 0541-77068-12 oder ✉ boeschmeyer@iav-online.de angefordert werden. Darüber hinaus finden Sie Informationen zu den einzelnen Seminaren und Online-Buchungsmöglichkeiten auch auf der IAV-Homepage unter www.iav-online.de ⇒ Weiterbildung.

Arbeitsmarkt regional

Arbeitslosenquote	April 2018	Vormonat
• Niedersachsen	5,4 %	5,6 %
• Agenturbezirk Nordhorn		
allgemein	2,7 %	2,7 %
15-25 Jahre	2,0 %	2,3 %
• Agenturbezirk Osnabrück		
allgemein	4,5 %	4,5 %
15-25 Jahre	3,3 %	3,4 %

Im April 2018 waren im Agenturbezirk Nordhorn 6.798 Personen, im Agenturbezirk Osnabrück 13.215 Personen arbeitslos gemeldet.

Ende 2017 1,2 Mio. offene Stellen

Im 4. Quartal 2017 gab es rund 1,183 Mio. offene Stellen auf dem deutschen Arbeitsmarkt, davon 918.000 in Westdeutschland, 265.000 in Ostdeutschland. Am stärksten stieg die Personalnachfrage im verarbeitenden Gewerbe, wo die Betriebe im 4. Quartal 2017 rund 161.000 offene Stellen verzeichneten. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Zuwachs von 35 %.

Quelle: IAB

Neu-Mitglieder in der Verbändegemeinschaft

- Hölscher Wasserbau GmbH, Haren: Wasserhaltung, Umwelttechnik, Brunnenbau und Grundwassermanagement